

Delegiertenversammlung des PVB 2016 | [Resolution](#)

Nein zu den verantwortungslosen Sparprogrammen

Die Finanzkommission des Nationalrats hat die Richtung für die künftigen Budgetdebatten vorgegeben: Die Sparvorgaben für die Bundesverwaltung und ihr Personal bleiben sehr hoch – trotz der bereits erfolgten Bemühungen, und trotz des äusserst komfortablen, finanziellen Polsters des Bundes von über 42 Milliarden. Der PVB wehrt sich gegen diese ewigen Spar- und Abbauprogramme, die er als unverantwortlich und rein ideologisch motiviert erachtet.

Das Stabilisierungsprogramm 2017-2019, das derzeit im Parlament erörtert wird, sieht im Vergleich zum Finanzplan 2016-2018 eine Senkung der Personalausgaben um 165 Millionen Franken (*Botschaft des Bundesrats*) bzw. eine erneute Kürzung von 40 Millionen im Budget 2017 vor. Und damit nicht genug: Das Finanzdepartement befasst sich bereits mit dem nächsten Stabilisierungsprogramm. Dabei sind derartige Massnahmen angesichts der Finanzlage des Bundes mitnichten gerechtfertigt. In den letzten zehn Jahren beliefen sich die Überschüsse auf insgesamt auf 24 Milliarden. Für 2016 rechnet unser Finanzminister mit einem Einnahmenüberschuss von 1.7 Milliarden!

Bundesrat Ueli Maurer hat selber eingeräumt: Selbst noch so drastische Kürzungen bei den Personalausgaben (8% des Bundeshaushalts) werden die Finanzen des Bundes in keiner Weise sanieren. Trotzdem hat das Parlament diese Ausgaben im Visier und verlangt ohne Unterlass nach weiteren Einsparungen. So hat eine Mehrheit im vergangenen Jahr einer Motion (Finanzkommission SR I 15.3494) zugestimmt, die den Bestand des Bundespersonals auf 35'000 Vollzeitstellen einfrieren will. Eine weitere, noch hängige Motion (Müller Leo I 15.3224) hat zum Ziel, die Personalkosten bis 2019 auf dem Niveau der Jahresrechnung 2014 zu plafonieren. Zugleich fordert das Parlament jedoch eine verstärkte öffentliche Sicherheit, namentlich einen Ausbau in den Bereichen Armee, Grenzwachtkorps, fedpol und Nachrichtendienst. Und eine Mehrheit des gleichen Parlaments hat der 3. Unternehmens-steuerreform zugestimmt, die dem Bund Verluste von über 1 Milliarde bescheren wird!

Der PVB ist der Meinung, dass das Bundespersonal bereits im Übermass zu den Kosteneinsparungen des Bundes beigetragen hat. 2016 wurde der Anstieg der Lohnentwicklung stark verlangsamt, die Leistungsprämie gesenkt und die Treueprämie nach fünf Dienstjahren gestrichen. Diese Massnahmen treffen insbesondere die jungen Mitarbeitenden und die tiefen Lohnklassen. Im zweiten Jahr in Folge wird es 2017 keine Lohnerhöhung geben. In der 2. Säule sind umfangreiche Änderungen angedacht.

Der PVB spricht sich entschieden gegen den Stellenabbau im Zusammenhang mit dem Stabilisierungsprogramm aus. Die Bundesverwaltung ist keineswegs überdotiert. Es ist nicht im Interesse des Bundes, Personal abzubauen, auf das er in Zukunft angewiesen sein wird, um die vielen bevorstehenden Herausforderungen – namentlich die demografische Entwicklung, die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die Migrationspolitik – bewältigen zu können. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass kurzfristige Personaleinsparungen langfristig hohe Kosten verursachen wenn es darum geht, das verlorene, wertvolle Know-how wieder zu kompensieren. Ein weiterer, heimtückischer Nebeneffekt von Sparprogrammen sind *Outsourcing* und *Outtasking* im Informatikbereich und im Projektmanagement, wo sie bis anhin vom Staat übernommene Aufgaben gefährden. Der Bund hat zudem gewisse Reinigungsaufgaben, Gebäudeunterhalt und Zutrittskontrollen an Privatunternehmen ausgelagert, deren Personal oftmals unter prekären Arbeitsbedingungen leidet und deren Schlussrechnung mitunter höher ausfällt als zuvor!

Der PVB setzt sich für qualitativ hochstehende Leistungen im Dienste der Bevölkerung ein und lehnt einen Abbau beim Service Public ab. In der aktuellen Debatte ist nur von Ausgaben die Rede, nicht jedoch von den gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft zu erbringenden Leistungen. Der Service Public muss unbedingt wieder ins Zentrum der Diskussion gerückt werden – ein Service Public, an dem das Schweizer Volk festhalten will, wie es an der Abstimmung vom 5. Juni 2016 gezeigt hat. Das Stabilisierungsprogramm bewirkt indes in beinahe allen Departementen des Bundes einen Leistungsabbau. *(siehe Beispiele aus dem erläuternden Bericht des Stabilisierungsprogramms 2017 – 2019 in der Beilage)*

Ihre Auswirkungen werden sich zwar erst zeitlich verzögert zeigen, aber die Sparmassnahmen beim Personal werden sich äusserst nachteilig auf die Arbeit der Verwaltung, die Bevölkerung und die Wirtschaft auswirken. Einige Departemente sprechen heute offen von einem Leistungsabbau. Diese Massnahmen werden zusätzlich den Staat schwächen; ein ausgesprochener Unsinn in diesen zunehmend unsicheren Zeiten und angesichts der wachsenden Erwartungen der Bevölkerung gegenüber der öffentlichen Verwaltung. Dank einem starken Service Public verfügen wir über die nötigen Mittel, um Prävention zu betreiben und die Demokratie zu bewahren.

Aus diesem Grund fordern wir:

Die Beibehaltung eines qualitativ hochwertigen Service Public!
Den Erhalt von Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen beim Bund!
Stopp den verantwortungslosen Sparprogrammen!

Delegiertenversammlung des PVB 2016 | Resolution - Beilage

Das Stabilisierungsprogramm bringt einen Leistungsabbau in beinahe allen Departementen des Bundes mit sich. Einige Beispiele aus dem erläuternden Bericht (*Botschaft zum Bundesgesetz über das Stabilisierungsprogramm 2017–2019; Mai 2016*):

- Im EDA** ist ein Abbau bei den diplomatischen und konsularischen Aufgaben vorgesehen, und das in einem äusserst schwierigen internationalen Umfeld und einer wachsenden Migrationskrise.
- Im EDI** sind das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, das Bundesamt für Sozialversicherung und das Bundesamt für Gesundheit von Leistungskürzungen speziell betroffen.
- Im EFD** werden in der EZV mehr als voraussichtlich im grossen Stil Stellen gestrichen. Konsequenz: Erhöhter Druck und längerdauernde Verfahren. Der geplante Stellenabbau bei der EZV wird den Transitverkehr behindern. Es wird zudem ein massiver Dienstleistungsabbau bei der Abfertigung von Handelswaren erwartet.
- Im EJPD** werden die Koordinationsaktivitäten mit den Behörden in der Schweiz und im Ausland abnehmen und das in so wichtigen Bereichen wie der Pädokriminalität, der harten Pornographie, des Drogenhandels und der Geldfälschung. Auch im Bereich des Informationsaustausches wird gekürzt, was der Bekämpfung des Verbrechens schadet.
- Im VBS** sollen die Forschungstätigkeiten im Labor Spiez eingeschränkt werden. Konsequenz: Die Schweiz wird bezüglich innerer Sicherheit im internationalen Vergleich ins Hintertreffen geraten. In der Armee ist ebenfalls ein Abbau von mehreren hundert Arbeitsplätzen vorgesehen. Im Bericht wird sogar bestätigt, dass «diese Kürzungen zur Folge haben werden, dass der notwendige Personalumbau sowie der Wissenstransfer im Hinblick auf die Einführung der Weiterentwicklung der Armee (WEA) nur verzögert sichergestellt werden können». Wie zum Beispiel bei der Personalmigration, was einen Verlust von grossem Wissen und den Abbau von vielen Arbeitsplätzen zur Folge haben wird.
- Im UVEK** ist im Bundesamt für Energie vorgesehen, den Umfang des Projekts "EnergieSchweiz" einzuschränken und die Forschung weniger stark zu fördern. Die Energiewende wird dadurch zur leeren Floskel.
- Im WBF** werden die geplanten Einsparungen auf dem Gebiet der Forschung, Ausbildung und Innovation dazu führen, dass Projekte zunehmend durch Drittkredite finanziert werden müssen. Dies bedeutet noch mehr befristete Arbeitsverträge, auch für das administrative und technische Personal. Die Forschung ermöglicht Innovationen, die die Wirtschaft braucht, um konkurrenzfähig zu bleiben. Bei Kürzung dieser Mittel wird der Wohlstand der Schweiz gefährdet.